Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 80 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 121 — Mittwoch, den 25. Mai 1927 — 22. Jahrgang

Niederlage der Polen.

Danziger Landkreiswahlen. — 1 Pole gegen 67 Deutsche.

In den drei Danziger Landkreisen (Danziger Niederung, Danziger Höhe und Großes Werder) fanden gestern die Neuwahlen zu den einzelnen Kreisvertretungen statt. Unter 68 Abgeordneten der drei Landkreise wurden 67 deutsche und nur ein einziger polnischer Abgeordneter gewählt, letzterer im Kreise Danziger Höhe. Die Stimmenzahl der Polen ist gegenüber den Parlamentswahlen von 1923 um 1162 zurückgegangen. Es wurden gewählt 21 Deutschnationale, 9 Zentrumsleute, 2 Vertreter des Bauernbundes, 1 Vertreter der Fischer, 23 Sozialdemokraten, 7 Kommunisten, 4 Danziger Volksparteiler und 1 Vertreter der Polen.

Neuer Konflikt gegen Danzig und Polen.

Danzig, 23. Mai. Ueber die Benutzung des polnischen Munitionsbeckens auf der Westerplatte sind zwischen Danzig und Polen Meinungsverschiedenheiten entstanden, da auf polnischer Seite die offenbare Absicht besteht, dem Munitionsbecken auf der Westerplatte exterritorialen Charakter zu geben. Die Polen weigern sich, die Ueberwachung der im Munitionsbecken zu entladenden Schiffe durch Danziger Organe vornehmen zu lassen. Danzig steht jedoch auf dem Standpunkt, daß vom Völkerbundsrat ausdrücklich der territoriale Charakter der Westerplatte betont worden sei. Die Ueberwachung der Sicherungsmaßnahmen durch Danziger Organe ist nach der Auffassung Danzigs auch nötig, weil Danzig die öffentlich-rechtliche Verantwortung für einen etwa entstehenden Schaden trägt. Der Hohe Kommissar hat es abgelehnt, eine bindende Entscheidung zu treffen. Er hat vielmehr dem Völkerbundsrat das letzte Wort überlassen. Eine Zwischenentscheidung des Kommissars erscheint für Danzig nicht annehmbar.

Widersprechende Meldungen aus China.

Wer gewann die Schlacht in Anhwei? — Der christliche General gefangen.

Schanghai, 23. Mai. Nach Meldungen aus Nanking soll Tschangkaischek gegen die Nordtruppen einen glänzenden Sieg davongetragen haben. Er soll den General der Nordtruppen, Tschangtschungtschang, gegen Hsuchowfu zurückgeschlagen haben, nachdem er Pengpu in der Provinz Anhwei eingenommen hat.

Dieser Meldung steht die folgende aus Hankau entgegen:

Der Oberbefehlshaber der roten Truppen von Hankau gab bekannt, daß seine Streitkräfte in dreitägiger Schlacht Tschangtsao, Siping und das Gebiet längs des Flusses Hungho eroberten, 8000 Feinde töteten, 5000 Gefangene machten und zahlreiche Geschütze, Maschinengewehre und Munition erbeuteten. Die roten Truppen verloren 700 Mann. Ihre Vorhut erreichte Tschaukiakow am Flusse Tashaso.

Fengyuhsiang gefangen genommen.

Schanghai, 23. Mai. Ein aus dem militärischen Hauptquartier in Hankau hier eingetroffenes Telegramm berichtet, daß General Fengyuhsiang auf seinem Vormarsch von Honanfu in Tschengtschau gefangengenommen worden sei.

*

Schanghai, 23. Mai. Der britische Konsul in Kschingkiang hat die Stadt verlassen. Alle amtlichen Archive sind fortgeschafft worden.

Das englische Kabinett und die Arcos-angelegenheit.

London, 23. Mai. Das Kabinett hat heute vormittag in einer Sitzung die im Arkosgebäude beschlagnahmten Dokumente geprüft und über den Wortlaut der Erklärung beraten, die der Staatssekretär des Innern und Chamberlain in dieser Angelegenheit morgen im Unterhaus abgeben werden. Es wird erwartet, daß Chamberlain an seine Erklärung noch Aeußerungen über die allgemeine politische Lage knüpfen wird.

Keine weiteren russischen Aufträge an die englische Industrie.

Moskau, 23. Mai. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Volkskommissar für Handel, Mikojan, richtete an den Handelsvertreter in London die Verordnung, sich der Unterbringung neuer Bestellungen unter den englischen Industriellen zu enthalten.

Keine amerikanisch-russischen Anleiheverhandlungen.

Genf, 23. Mai. Die amerikanische Delegation stellte der internationalen Presse eine Mitteilung zu, in der äußerst kategorisch alle Gerüchte über Verhandlungen zwischen Mitgliedern der amerikanischen Delegation und den Delegierten der Sowjetrepublik über Anleihen oder Handelskredite dementiert werden.

Ossinski über die Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz.

Genf, 23. Mai. Im weiteren Verlaufe der Sitzung gab der Führer der sowjetrussischen Delegation, Ossinski, einen Ueberblick über die Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz, wobei er bedauerte, daß die russischen Anregungen nicht genügend berücksichtigt wurden. Die Konferenz habe durch ihre Arbeiten zur Stabilisierung und Konsolidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beigetragen. Ossinski wies darauf hin, daß Sowjetrußland den Vorschlägen nicht hat zustimmen können, in denen verschiedene Organe des Völkerbundes mit der Durchführung bestimmter Aufgaben betraut werden. Wir sind, so erklärte Ossinski, nicht Mitglied des Völkerbundes, und wir haben nicht die Absicht, in den Völkerbund einzutreten. Wir können den Völkerbund nicht als ein Friedenswerkzeug ansehen und sind der Auffassung, daß der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Form ein Werkzeug im Dienste der herrschenden Weltreiche ist und diesen oft als Schild für die Gewalttätigkeiten gegen schwächere Staaten dient.

Die Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 23. Mai. Der Verbindungsausschuß hat heute beschlossen, die Entscheidung über die Art der Durchführung der aus der Stellungnahme der Weltwirtschaftskonferenz sich ergebenden Arbeiten dem Völkerbundsrat zu überlassen und sich darauf zu beschränken, dem Völkerbundsrat die Dringlichkeit dieser Aufgabe nahezulegen. Der Grund hierfür wird darin gesehen, daß man sich über die Beschränkung der verschiedenen Zweige der wirtschaftlichen Tätigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht einigen konnte.

Keine Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 23. Mai. Das Handelsministerium läßt eine Nachricht verbreiten, die seit einigen Wochen ruhenden Verhandlungen über einen endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag würden morgen nachmittag im Handelsministerium wieder aufgenommen werden. — Wie hierzu verlautet, befindet sich die deutsche Wirtschaftsdelegation gar nicht in Paris. Ein Termin für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen ist noch nicht festgesetzt worden.

Beginn der deutsch-jugoslawischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 23. Mai. Wie WTB. erfährt, begannen heute vormittag 11 Uhr im Reichswirtschaftsministerium die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages.

Keine Restringierung der Diskontkredite durch die Reichsbank.

Berlin, 23. Mai. Die von einem hiesigen Blatt gebrachte Meldung, daß von der Reichsbank eine Restringierung der Diskontkredite angeordnet sei, entbehrt, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, jeder Begründung. Eine solche Restringierung würde bei dem derzeitigen Reichsbankdiskont auch gar keinen Sinn haben.

Deutschland ruft nochmals das Haager Schiedsgericht an.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, wird zurzeit im Reichsfinanzministerium erwogen, ob und in welcher Form die deutsche Regierung noch einmal das Haager Auslegungsschiedsgericht für den Dawesvertrag in der Frage der Entschädigungen des Reiches an die Reichsangehörigen wegen Einbehaltung, Liquidation oder Uebertragung der deutschen Rechte und Interessen anrufen soll. Das Haager Schiedsgericht hatte in seinem Spruch vom 29. Januar d. J. entschieden, daß auf die Jahreszahlungen nicht anzurechnen wären die Entschädigungen, die das Deutsche Reich nach dem 1. September 1924 gezahlt hat oder zahlen wird. Es bleibt demnach die Frage offen, ob die deutschen Liquidationszahlungen, die vor dem 1. September 1924, dem Tage des Inkrafttretens des Dawesvertrages, geleistet sind, angerechnet werden oder nicht, ob also Deutschland aus dieser Zeit noch Guthaben hat.

Zur Frage der allgemeinen Abrüstung.

London, 23. Mai. Auf einer heute abend abgehaltenen Versammlung zugunsten der Abrüstung erklärte der Vorsitzende der Liberalen Partei, Sir Herbert Samuel, u. a.: In Versailles wurden Deutschland endgültige Zusicherungen gegeben, daß die Forderungen des Friedensvertrages bezüglich der deutschen Abrüstung nicht nur gestellt wurden, um die Wiederaufnahme seiner Politik militärischer Aggression unmöglich zu machen. Sie sind vielmehr auch der erste Schritt in der Richtung auf eine allgemeine Verminderung und Begrenzung der Rüstungen, die zu fordern eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes ist. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß die Völkerbundsversammlung im September einen neuen Antrieb geben und zu weiteren Fortschritten helfen werde. Er sagte zum Schluß, daß sich glücklicherweise bei den bisherigen Verhandlungen jegliche Merkmale guten Willens gezeigt hätten. Von keiner Seite sei Obstruktion getrieben oder die Neigung gezeigt worden, die erklärten Ziele durch indirekte Mittel zu vereiteln.

Besprechungen über die Zerstörung der Ostunterstände.

Berlin, 23. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, sind tatsächlich sowohl in Berlin, als auch in den alliierten Hauptstädten diplomatische Sondierungen über die Frage der Zerstörung der Ostunterstände im Gange. Dabei handelt es sich aber nur um Vorbesprechungen ohne entscheidenden Charakter. Mehr ist im Augenblick schon deshalb nicht möglich, weil der Bericht des Generals von Pawelß über die Beendigung der Zerstörungen bisher noch nicht vorliegt. Es wird entschieden in Abrede gestellt, daß irgendwie eine Demarche oder ein Kollektivschritt der fremden Mächte bei der Reichsregierung erfolgt sei.

Das Deutschlandlied im besetzten Gebiet.

Düren (Rheinland), 23. Mai. Am gestrigen letzten Tage der Dürener Verkehrs- und Werbewoche hatte der französische Besatzungsbefehlshaber auf Antrag der Stadtverwaltung das Absingen des Deutschlandliedes vor dem Rathause gestattet. Es ist wohl das erste Mal, daß im Bereiche der französischen Besatzungszone eine derartige Erlaubnis erteilt wurde.

Das Urteil gegen die Berliner Nationalsozialisten.

Berlin, 23. Mai. Die 23 Mitglieder des aufgelösten Gaues Berlin der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, die die Versammlung der Kameradschaft Hansa des Reichsbanners während der Rede des Pfarrers Stucke von der Reformgemeinde zu stören versucht haben, hatten sich heute vor Gericht zu verantworten. Da den meisten die Absicht, die Versammlung vorsätzlich stören zu wollen, nicht nachgewiesen werden konnte, stellte der Staatsanwalt nur gegen zwei ehemalige Nationalsozialisten Strafantrag. Das Gericht erkannte schließlich gegen den Studenten Studinkowsky und den Schlosser Walter Menke auf je 70 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle sieben Tage Haft treten.

Feme gegen Herrn von Tresckow.

Das Ehrengericht des Vereins der Offiziere des ehemaligen Königl. Preußischen (Brandenburgischen) Dragonerregiments Nr. 2 hat über den ehemaligen Leutnant v. Tresckow folgenden Spruch gefällt: „Der Leutnant a. D. Hasso v. Tresckow ist schuldig der Verletzung der Standesehre mit Beantragung des Ausschlusses aus dem Offizierverein."

SLUB
Wir führen Wissen.